

Stephan Malerius

Opposition und Zivilgesellschaft in Belarus

Als die Republik Belarus am 25. August 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte, schien das Land gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaft-

Stephan Malerius
Geb. 1968; Leiter des Auslandsbüros Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Totoriu g. 21, 01121 Vilnius/Litauen.
stephan.malerius@kas.de

liche Transformation zu besitzen: Eine entwickelte Infrastruktur, der hohe Industrialisierungsgrad, eine gut ausgebildete Bevölkerung und die Nachbarschaft zu Polen, das später zum Motor des europäischen Erweiterungsprozesses werden sollte, bedeuteten nach dem Zerfall der Sowjetunion vielleicht sogar bessere Startbedingungen als für die baltischen Nachbarn im Norden. Dennoch wurde die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Belarus in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten durch die autoritäre Herrschaft von Aljaksandr Lukaschenka bestimmt, der das Land von den Transformationsprozessen in den später neuen EU-Mitgliedstaaten abkoppelte.

Eine der Hauptursachen dafür, dass sich Belarus nach 1991 politisch und gesellschaftlich nicht demokratisch, sondern autoritär entwickelte, liegt in einer schwach ausgebildeten nationalen Identität. Ähnlich wie die Nachbarn Polen (mit seinen östlichen Gebieten) und Litauen war Belarus das gesamte 19. Jahrhundert über Teil des russischen Zarenreichs, bekam in den Wirren des ausgehenden Ersten Weltkriegs nur für wenige Monate eine Chance auf staatliche Selbstständigkeit und war während der sowjetischen Periode einer besonders brutalen Russifizierungspolitik zunächst Josef Stalins, dann auch Nikita Chruschtschows ausgesetzt.¹ Die belarussische Sprache wurde aus dem öffentlichen Gebrauch verdrängt, das Bildungssystem russifiziert, und ethnische Russen erhielten Schlüsselpositionen in der Republikregierung in Minsk.

Zwar gab es Ende der 1980er Jahre wie in den baltischen Sowjetrepubliken auch in Belarus eine Unabhängigkeitsbewegung, doch gelang es den nationalen Kräften in den frühen 1990er Jahren nicht, mit ihren Plädoyers für Demokratie und marktwirtschaftliche Reformen Rückhalt in der Bevölkerung zu finden. Und so setzte sich 1994 in der ersten (und bislang einzigen) freien Präsidentschaftswahl Lukaschenka mit überwältigender Mehrheit sowohl gegen Wjatschaslau Kebitsch, den Kandidaten der sowjetischen Nomenklatura, als auch gegen den national-konservativen Sjanon Pasnjak durch.

17 Jahre später ist Lukaschenka noch immer Präsident eines autoritär geführten Landes: Zivilgesellschaft und Opposition sind marginalisiert, die bürgerlichen Freiheiten massiv eingeschränkt, die elektronischen Medien unter rigider staatlicher Kontrolle. Der Geheimdienst (hier immer noch KGB) wird als Instrument zur Bekämpfung der Opposition eingesetzt, eine unabhängige Justiz existiert nicht, und nach der Präsidentschaftswahl 2010 wird die Bevölkerung durch Repressionen (Verhaftungen, Verhöre, Hausdurchsuchungen) eingeschüchtert und gesellschaftliche Aktivität im Keim erstickt.

1991–1996: Dynamisches Wachstum

Die Entwicklung von Opposition und Zivilgesellschaft in den ersten zwanzig Jahren der Unabhängigkeit verlief in drei größeren Phasen. Die ersten fünf Jahre waren in Belarus wie in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion durch ein dynamisches Wachstum politischer und gesellschaftlicher Aktivität gekennzeichnet.² Am Anfang waren die autonomen gesellschaftlichen Akteure – allen voran die Nichtregierungsorganisationen (engl.: NGOs) –, die

¹ Unter Stalin wurde die Politik der *Korenisazija* („Einwurzelung“), mit der die Einbindung der nicht-russischen Völker in den sowjetischen Staat bei gleichzeitiger Förderung ihrer Sprache und Kultur erreicht werden sollte, zurückgefahren. Die Repressionen gegen die belarussische Intelligenz erreichten 1937/38 ihren Höhepunkt, als in Kuropaty, einem Waldstück bei Minsk, zehntausende Vertreter der belarussischen Elite vom Geheimdienst NKWD ermordet wurden.

² Vgl. hier und im Folgenden zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in Belarus nach 1991: Yury Čavusau, Belarus' Civic Sector, in: Marta Pejda (ed.), *Hopes, Illusions, Perspectives. Belarusian Society 2007*, Warschau-Minsk 2007, S. 6–15.

für gewöhnlich „Zivilgesellschaft“ genannt werden, eingebettet in eine breitere Bewegung für Demokratie und Unabhängigkeit. Die meisten Organisationen waren lokale Verbände der Belarussischen Volksfront *Adradzennie* (Wiedergeburt), die 1988 nach dem Vorbild von *Sajūdis* in Litauen oder der Volksfronten in Estland und Lettland entstanden war. Schnell begann sich die Zivilgesellschaft in Belarus jedoch zu entpolitisieren und aufzufächern wie in den klassisch pluralistischen Gesellschaften Westeuropas. Es entstanden lokale Umweltgruppen, Jugendorganisationen, historische Vereine oder soziale Initiativen. Diese Entwicklung förderte das 1994 verabschiedete Gesetz „Über gesellschaftliche Organisationen“, das für die Registrierung einer NGO das „Anmeldeprinzip“ vorsah: Für die Gründung einer Vereinigung musste demnach kein staatliches Genehmigungsverfahren durchlaufen werden, was ein rapides institutionelles Wachstum des Dritten Sektors zur Folge hatte. Während es im Jahr 1990 in Belarus lediglich 24 offiziell registrierte NGOs gab, waren es 1995 bereits fast tausend.¹³

Gleichzeitig bildete sich ein klassisches Parteienspektrum heraus, das in fünf größeren politisch-ideologischen Formierungen bis heute Bestand hat: der nationalkonservativen Belarussischen Volksfront (Партыя БНФ/BNF), der liberalen Vereinigten Bürgerpartei, den Christdemokraten, den Sozialdemokraten und den (Post-)Kommunisten.¹⁴ Die gesellschaftlich aktivste Partei war in den Anfangsjahren die BNF. Sie fungierte als politisches Sammelbecken für all diejenigen, die sich für ein unabhängiges und demokratisches Belarus einsetzen wollten. Bei der Wahl zum 12. Obersten Sowjet (dem damaligen Parlament) im Jahr 1990 errang sie zehn Prozent der Sitze. 1993 wurde aus der politischen Bewegung eine Partei.

Als erste parteipolitische Formierung jenseits der Kommunisten wurde im November

¹³ Vgl. Wiktor Tschernow, Dritter Sektor in Belarus: Evolution, gegenwärtiger Zustand und Entwicklungsperspektiven, in: *Wider Europe*, 14 (2007) 4 (russ.), online: <http://review.w-europe.org/14/2.html> (9.5.2011).

¹⁴ Vgl. hier und im Folgenden zur Entwicklung der politischen Parteien von 1991 bis 2006: David R. Marples/Uladzimir Padhol, *The Democratic Political Opposition*, in: Joerg Forbrig/David R. Marples/Pavol Demeš (eds.), *Prospects for Democracy in Belarus*, Washington, DC 2006, S. 47–56.

1990 die Vereinigte Demokratische Partei gegründet, aus der 1995 die Vereinigte Bürgerpartei hervorging. Sie fand anfangs vor allem bei der technischen Intelligenz, bei Wirtschaftsfachleuten und gut ausgebildeten Arbeitern Unterstützung. Sie ist bis heute die führende liberalkonservative Kraft und hat das schärfste wirtschaftspolitische Profil aller Parteien.

Eine sozialdemokratische Vereinigung *Hramada* (Gemeinschaft) entstand im März 1991. Mitglieder waren anfangs vor allem Arbeiter, Bauern, Studenten, Militärangehörige sowie Vertreter der städtischen Intelligenz. Auch die Parlamentssprecher Stanislaw Schuschkewitsch und Premierminister Metschyslau Hryb, der spätere Präsidentschaftskandidat Aljaksandr Kasulin und selbst Aljaksandr Lukaschenka waren zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit den Sozialdemokraten assoziiert. Die Partei verstand sich als Teil der weltweiten sozialdemokratischen Bewegung, spaltete sich aber in den folgenden Jahren wiederholt, so dass es heute mehrere winzige sozialdemokratische Gruppierungen gibt.

Eine christdemokratische Tradition gibt es in Belarus seit den 1930er Jahren. Die 1991 gegründete Christlich-Demokratische Union versuchte daran anzuknüpfen, aber sie hatte nicht lange Bestand. Erfolgreicher entwickelt sich seit 2005 die Belarussische Christdemokratische Partei, die zu den aktivsten Gruppierungen innerhalb der Opposition zählt. Ihr Mitgliederkern stammt vorwiegend aus den orthodoxen, protestantischen und katholischen Kirchengemeinden.

Wie in allen ehemaligen Ostblockstaaten entstanden auch in Belarus Nachfolgeformationen zur kommunistischen Partei. Seit Anfang der 1990er Jahre existiert eine „demokratische“ kommunistische Partei, die seit dem Verfassungskonflikt von 1996 in Opposition zu Lukaschenka steht. Bei der Parlamentswahl 1995 erhielt sie 22 Prozent der Stimmen und stellte 45 Abgeordnete. 2008 benannte sie sich in „Gerechte Welt“ um.

Ein besonderes Merkmal des autoritären Systems besteht darin, dass es anders etwa als in Russland keine einflussreiche Regierungs- oder Lukaschenka-Partei gibt. Die Parlamentsabgeordneten werden seit der Wahl 2000 eher ernannt als gewählt und zeichnen sich durch Loyalität zum Präsidenten aus.

Gruppierungen wie die Liberaldemokratische Partei mit ihrem notorischen Vorsitzenden Sjarhej Hajdukewitsch (einer politischen Marionette des Regimes) oder die Lukaschenka-treue kommunistische Partei sollten zwar anfänglich der Legitimierung eines parlamentarischen Systems dienen. Sie besaßen aber in Parlament oder Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt Bedeutung, so dass ihre statistische Funktion offensichtlich ist. Bei der Parlamentswahl 2008 waren von 110 ernannten Abgeordneten 103 parteilos, sechs gehörten der kommunistischen Partei an, einer wurde von der Agrarpartei gestellt.

1996–2002: Politisierung

Zwei von Lukaschenka initiierte Referenden markierten die grundlegende politische und gesellschaftliche Wende: 1995 wurde Russisch zur zweiten Amtssprache erklärt, und die alten sowjetischen Staatssymbole (Flagge, Wappen) wurden leicht verändert wieder eingeführt. Damit sollte der beginnende Prozess der Stärkung einer nationalen Identität an der Wurzel gekappt werden. In einem zweiten Referendum ließ Lukaschenka im Herbst 1996 seine Amtszeit um zwei Jahre verlängern, erweiterte die Vollmachten des Präsidenten und schwächte das Parlament, indem er ein Zweikammersystem einführte. Es gelang ihm, innerhalb von nur zwei Jahren – außenpolitisch gedeckt durch Russland – den durch die Verfassung von 1994 ursprünglich demokratisch organisierten Staat zu beseitigen und seine autoritäre Macht zu institutionalisieren.¹⁵

Die Oppositionsparteien wurden von diesen Ereignissen überrumpelt. Wiederholte Versuche, sich auf Koalitionen oder eine gemeinsame Strategie zu einigen, blieben erfolglos. Zudem mangelte es an Führungspersonlichkeiten, welche die politischen Kräfte hätten bündeln können und die eine glaubwürdige personelle Alternative zu Lukaschenka darstellten. Potentiell ernsthafte Konkurrenten wurden ein Jahr vor der Parlaments- und zwei Jahre vor der Präsidentschaftswahl aus dem

¹⁵ Zu den Referenden sowie zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Jahren 1995 bis 2003 vgl. Vitali Silitski, *Preempting Democracy: The Case of Belarus*, in: *Journal of Democracy*, 16 (2005) 4, S. 83–97, online: <http://muse.jhu.edu/journals/jod/summary/v016/16.4silitski.html> (9.5.2011).

Weg geräumt: Wiktar Karpenka, ehemaliger stellvertretender Parlamentssprecher, starb überraschend und unter ungeklärten Umständen im April 1999, Juri Sacharenka, erster Innenminister unter Lukaschenka, verschwand im Mai 1999, Wiktar Hantschar, ehemaliger Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission, verschwand im September 1999.¹⁶ Der gesellschaftliche Einfluss der Opposition begann sich zu verringern. Bei der massiv manipulierten Parlamentswahl im Oktober 2000 wurden keine demokratischen Vertreter ins Repräsentantenhaus gewählt.

Es waren vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen, die bei der Präsidentschaftswahl 2001, als mit Uladzimir Hantscharyk ein blasser Kompromisskandidat aus dem Gewerkschaftslager gegen Lukaschenka antrat, durch aktive Wahlbeobachtung und die Kampagne „Wähle!“ (gegen die vom Regime propagierte Praxis der vorzeitigen Stimmabgabe) den Protest der Bevölkerung gegen den gefälschten Urnengang zu organisieren versuchten.¹⁷ Spätestens mit dieser Wahl wurde die Zivilgesellschaft ein Teil der politischen Opposition.

Kennzeichnend für die zweite Hälfte der 1990er Jahre war außerdem eine Professionalisierung, bei der Beratungszentren und Netzwerkorganisationen entstanden, die bis heute die Visitenkarte des Dritten Sektors in Belarus sind: der „Verband pro-demokratischer NGOs“, das analytische Zentrum „Strategie“, die „Lew Sapieha-Stiftung“, das „Unabhängige Institut für sozioökonomische und politische Studien“, das Menschenrechtszentrum „Wiasna“ (Frühling) oder das Zentrum „Supolnasc“ (Zusammengehörigkeit). Vielen NGOs gelang es, nachhaltige Strukturen aufzubauen, sie arbeiteten dabei zunehmend mit westlichen Akteuren zusammen, welche die in die Defensive geratene Demokratiebewegung in Belarus systematisch zu unterstützen begannen.

¹⁶ Zu den Verschwundenen vgl. die Dokumentation des Vereins „Menschenrechte in Belarus“, online: www.human-rights-belarus.org/deutsch/Dokumentation-Verschwundene-Belarus-Lukaschenka.html (9.5.2011).

¹⁷ Zur Parlamentswahl 2000 und zur Präsidentschaftswahl 2001 vgl. den Beitrag des damaligen Leiters der OSZE-Beobachtermission Hans-Georg Wieck, *Die demokratische Zivilgesellschaft – Alternative zum autokratischen Lukaschenka-Regime in Belarus*, in: *OSZE-Jahrbuch 2002*, Baden-Baden 2002, S. 243–261.

Die Regierung betrachtete die Aktivitäten unabhängiger Organisationen mit Argwohn und versuchte, Kontrolle über ihre Tätigkeit zu erlangen. Eine Methode war, NGOs per Erlass dazu zu zwingen, sich neu zu registrieren. Während der zweiten verordneten Neuregistrierungs-Welle verloren 1999 beinahe die Hälfte aller unabhängigen Organisationen ihren legalen Status.¹⁸ Ebenfalls eingeschränkt oder zumindest streng kontrolliert werden sollten die externen Finanzströme zur Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft: Durch Präsidentenerlass von 2001 war für jede ausländische Zuwendung eine staatliche Genehmigung zu beantragen. Außerdem wurde damit begonnen, sogenannte GoNGOs¹⁹ aufzubauen, welche die authentischen unabhängigen Organisationen ersetzen sollten. Ein gutes Beispiel ist der 2002 gegründete Belarussische Jugendrat (BJR; besser bekannt unter der russischen Abkürzung BRSM), der als nationaler Verband von Kinder- und Jugendorganisationen auftritt, gleichzeitig aber wie ein an den Komsomol erinnernder Jugendverband des Regimes organisiert ist. Der BRSM erhält 50 Prozent aller Mittel, die im Staatshaushalt für Jugendpolitik vorgesehen sind, seine Mitglieder haben Vergünstigungen und werden privilegiert zum Studium zugelassen. Der unabhängige Jugendverband RADA wurde 2006 vom Obersten Gericht aufgelöst und agiert seitdem im Untergrund.¹⁰

2003–2010: Gewaltsame Marginalisierung

Etwas mehr als ein Jahr nach seiner Wiederwahl waren Lukaschenkas Umfragewerte auf ein bis dahin nicht gekanntes Tief von 26 Prozent gerutscht. Zudem musste er mit ansehen,

¹⁸ Vgl. Tatiana Kusmenkova, *Third sector in Belarus: Problems of Formation and Development*, Mazyr 2004, S. 10, online: www.ngo.by/files/UNITED%20WAY.pdf (9.5.2011).

¹⁹ Wortspiel im Englischen: GoNGO = Governmental Non-Governmental Organisation.

¹⁰ Vgl. www.dija.de/belarus/rahmenbedingungen-fuer-die-jugendarbeit-by/finanzierung (9.5.2011). Der Fall BRSM steht pars pro toto: In vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es zwei Strukturen, eine Lukaschenka-treue, staatlich kontrollierte, und eine unabhängige, so etwa zwei Schriftstellerverbände, zwei Journalistenverbände, zwei Seniorenverbände, zwei Gewerkschaftsverbände, zwei kommunistische Parteien.

wie – beginnend in Serbien 2001 und sich fortsetzend mit den farbigen Revolutionen in der Ukraine, Georgien und Kirgisien – eine Reihe von repressiven, autoritären Regimes in der Region gestürzt wurde. Die Präsidentschaftswahl 2001 hatte gezeigt, dass die Zivilgesellschaft in der Lage war, landesweite Kampagnen zu initiieren, zudem hatte es auch im Apparat – etwa um den ehemaligen Außenhandelsminister Michail Marinjtsch – Absetzbewegungen gegeben.

Deshalb begann Lukaschenka ab 2003, in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen die seit 1996 institutionell angelegte präsidiale Machtvertikale auszubauen. Hunderte von unabhängigen Organisationen wurden zur Selbstauflösung gezwungen, gleichzeitig war es praktisch unmöglich, neue oppositionelle Vereinigungen oder Parteien zu gründen. 2005 wurde Artikel 193 (1) ins Strafgesetzbuch aufgenommen, der die Tätigkeit im Namen von nichtregistrierten Organisationen unter Strafe stellt. Unabhängige Zeitungen erhielten Verwarnungen, wenn sie über die Tätigkeit nichtregistrierter Organisationen berichteten, und konnten nach drei Verwarnungen geschlossen werden. Im Bildungsbereich reglementierten Erlasse des Präsidenten die Auslandskontakte von Studierenden und Lehrenden. 2003 wurde das Belarussische Humanistische Lyzeum und 2004 die Europäische Humanistische Universität in Minsk geschlossen, letztgenannte ging ins litauische Exil. Seit 2004 existiert eine schwarze Liste von Musikern, deren Lieder in den staatlichen Medien nicht mehr gespielt werden dürfen. Eines der wirksamsten Kontrollinstrumente war die Aufhebung der unbefristeten Beschäftigung von Staatsbediensteten und die Einführung von – in der Regel einjährigen – Zeitverträgen. Damit ließ sich jeder soziale Protest im Keim ersticken: Weigerte sich etwa ein Lehrer, an der Fälschung von Wahlergebnissen teilzunehmen – Wahllokale befinden sich in der Regel in Schulen, die Wahlkommissionen bestehen vielerorts überwiegend aus Lehrern –, kann das mit dem unmittelbaren Verlust des Arbeitsplatzes geahndet werden.¹¹

Parteien und Organisationen waren gezwungen, ihre Tätigkeit in den Untergrund zu verlegen, sie verloren den Kontakt mit der Be-

¹¹ Vgl. V. Silitski (Anm. 5), S. 92 f.

völkerung und wurden gesellschaftlich marginalisiert. Oppositionspolitiker und in der Öffentlichkeit aktive Menschen entwickelten sich zu Dissidenten im ursprünglichen Sinne des Wortes, sie übten Kritik am herrschenden System, befanden sich damit aber abseits vom gesellschaftlichen Mainstream. Parteien wurden zu politischen Klubs mit kaum mehr als 2000 Mitgliedern, von denen nicht einmal ein Zehntel aktiv war. Mitte des Jahrzehnts war der autoritäre Staat durchorganisiert. Die außerhalb des staatlich-gesellschaftlichen Rahmens bestehenden Parteien und Vereinigungen wurden „zu Staatsfeinden erklärt oder aber als Sektierer ohne öffentliche Unterstützung diffamiert“.¹²

Die Repressionen waren intelligent angelegt, denn sie betrafen gezielt eine sozial aktive Minderheit der Bevölkerung. Die physischen Freiheiten (vor allem Reisefreiheit) der unpolitischen Mehrheit wurden nicht angetastet; wer sich politisch nicht exponierte, hatte nichts zu befürchten. Formal gesehen existierte eine pluralistische Fassade, die von der staatlichen Medienpropaganda schöngemalt wurde: Regelmäßig fanden Wahlen auf allen Ebenen statt, die „Volksvertretungen“ tagten, und es gab sogar eine unbedeutende Opposition. Durch kontrollierte Freiheit im vopolitischen Raum, vor allem aber durch wirtschaftliche Stabilität auf niedrigem Niveau gelang es dem Regime in dieser Phase, wesentliche Bevölkerungsschichten mit sozialen Verträgen (oder impliziten Gesellschaftsverträgen¹³) an sich zu binden und das Protestpotential zu minimieren.¹⁴

Während der Präsidentschaftswahl 2006 manifestierte sich diese Entwicklung. Die demokratischen Kräfte nominierten einheitlich mit Aljaksandr Milinkiewitsch einen Kandidaten mit einem vor allem zivilgesellschaftlichen Hintergrund. Wahlkampf, Wahlen und Stimmauszählung wurden umfassend von Lukaschenka kontrolliert, die Wahlkampfauftritte von Milinkiewitsch durch die Behörden massiv behindert, es gab Dutzende präventiver Festnahmen, und eine unabhän-

gige Wahlbeobachtung, koordiniert von der Organisation *Partnerstwa*, wurde gewaltsam unterbunden. Dennoch vermochte eine marginalisierte Opposition, ein politisches Momentum zu kreieren: Die Proteste in der Wahlnacht und in den Tagen danach waren die größten Demonstrationen seit Jahren, und für wenige Tage gab es eine Zeltstadt auf dem Oktoberplatz im Zentrum von Minsk, die schließlich brutal aufgelöst wurde. Letztendlich gelang es der Opposition wie 2001 nicht, mit den Wahlen eine demokratische Wende einzuleiten, auch weil Lukaschenka bei den Wahlfälschungen und den Repressionen von Russland gedeckt wurde. Die Konfrontation einer demokratischen, proeuropäischen und nationalbewussten Opposition mit einem von Russland gestützten autoritären Regime war zu keinem Zeitpunkt deutlicher als im Frühjahr 2006.

Präsidentschaftswahl 2010: „Hauptsache nicht wieder Lukaschenka“

Bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 2010 wiederholten sich für Zivilgesellschaft und Opposition die Entwicklungsschritte der vergangenen zwanzig Jahren in kondensierter Form: eine Kandidatenvielfalt wie Anfang der 1990er Jahre, die Unfähigkeit der Opposition, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen, ein mit Abstrichen freier Wahlkampf wie 1994 und ein manipuliertes Wahlergebnis wie bei allen Abstimmungen seit 1996. Nach der Wahl dann: Repressionen, die in ihrer Brutalität und Willkür selbst die aggressive Unterdrückung der Opposition in den Jahren 2003 bis 2006 weit übertrafen.¹⁵

Die beiden ernsthaftesten Herausforderer von Lukaschenka waren der Dichter Uladzimir Nekljajeu und der ehemalige stellvertretende Außenminister Andrej Sannikau. Beide führten einen weitestgehend aus dem Ausland finanzierten Wahlkampf und verfügten als Kandidaten über keinen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Obwohl sie erklärten, für ein freies, demokratisches und unabhängiges Belarus anzutreten, kokettierten sie un-

¹² H.-G. Wieck (Anm. 7), S. 255.

¹³ Siehe dazu auch den Beitrag von Jerzy Maćków in diesem Heft.

¹⁴ Vgl. Kirill Gajduk/Elena Rakowa/Vital Silitskij (Hrsg.), *Soziale Verträge im gegenwärtigen Belarus*, St. Petersburg 2009 (russ.).

¹⁵ Zur Präsidentschaftswahl 2010 vgl. Stephan Maleorius, *Der lange Schatten der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland. Verlauf, Ergebnisse und politische Folgen*, in: *Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung*, (2011) 3, S. 118–123.

verhohlen mit Russland. Das war ihr größter Fehler. Dennoch spielten sie, wie auch die fünf Kandidaten der Oppositionsparteien, eine wichtige Rolle: Sie füllten den öffentlichen Raum, den ein unerwartet liberaler Wahlkampf bot, denn das Regime hatte beschlossen, drei Monate lang politischen Pluralismus zu inszenieren, der zumindest einen öffentlichen Wettstreit unterschiedlicher Meinungen zuließ. Während dieser drei Monate war die Stimmung „Hauptsache nicht wieder Lukaschenka“ in weiten Teilen der Bevölkerung so stark, dass die alternativen Kandidaten Gehör fanden und vielen erstmals klar wurde, dass es neben *bat'ka* (Vater) Lukaschenka noch andere, interessante und ernstzunehmende Politikangebote für das Land gab. Die zentrale Forderung „Neuwahlen ohne Lukaschenka“ zeigte, dass die belarussische Gesellschaft reif für politische Alternativen ist.

Lukaschenka hatte das Protestpotential unterschätzt, deshalb fiel seine Reaktion militant aus: Die Demonstration ließ er gewalttätig auflösen, weit über sechshundert Personen inhaftieren und die Kandidaten Neklajew und Sannikau brutal zusammenschlagen. Der eigentliche Gewinner aus dieser unerwarteten Wende in der Wahlnacht aber war Russland, das sich trotz eines monatelangen bizarren Streites mit Lukaschenka im letzten Moment offensichtlich doch hinter ihn stellte. Und so wiederholte sich auch in dieser Hinsicht die Situation von 1996, 2001 und 2006, als Opposition und Zivilgesellschaft Wahlen und Referenden nutzen wollten, um – unterstützt vom Westen – einen demokratischen Wandel einzuleiten, letztlich aber gegen Lukaschenka, den Autokraten von Russlands Gnaden, auf verlorenem Posten standen.

Die vielleicht wichtigste Lektion aus der Präsidentschaftswahl 2010 lautet, dass sich die jahrelang vor allem von westlichen Realpolitikern und Wirtschaftskreisen vertretene Meinung, angesichts der Schwäche und Zerstrittenheit der Opposition könnten demokratische Veränderungen nur durch einen Dialog mit dem Regime eingeleitet werden, als falsch und naiv erwiesen hat. Wer die Demokratie in Belarus und nicht das autoritäre Lukaschenka-Regime stärken will, hat keinen anderen Partner als die Opposition und die autonomen Akteure der Gesellschaft.

Jörg Forbrig

Belarus zwischen der EU und Russland: Ende der Schaukelpolitik

Kaum ein Ereignis hat die spannungsgeladene Positionierung von Belarus zwischen der Europäischen Union (EU) und Russland so deutlich

gemacht wie die Präsidentschaftswahl vom 19. Dezember 2010. Zwar unterschieden sich Abstimmung und Ergebnis nicht wesentlich von jenen in den Jahren 2001 und

2006: Die Wahl wurde von der OSZE als nicht-demokratisch eingestuft und war lediglich Ritual für die Verlängerung der autoritären Herrschaft von Aljaksandr Lukaschenka. Gleichwohl gab es vor und nach der Wahl wesentliche Entwicklungen, die veränderten Beziehungen von Belarus mit seinen großen Nachbarn im Osten und Westen geschuldet sind.

Im Verhältnis zu Russland wurden zunehmende Spannungen deutlich, als Moskau seinen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Minsk verstärkte und das zerrüttete Verhältnis zwischen beiden Seiten offen zutage trat. Gegenüber der EU indes schienen die lange eingefrorenen politischen Beziehungen aufzutauen, begleitet von einer scheinbaren Liberalisierung der belarussischen Diktatur. Diese aus westlicher Sicht hoffnungsvolle Entwicklung fand mit der Wahl ein jähes Ende. Der unglaubliche Wahlsieg Lukaschenkas und die brutale Niederschlagung friedlicher Massenproteste haben gezeigt, dass Lukaschenka keineswegs gewillt ist, seine Macht durch demokratische Verfahren infrage stellen zu lassen.

Seitens der EU war die Reaktion auf diese Wende zum Schlechteren schnell und eindeu-

Jörg Forbrig

Dr. phil., geb. 1972; Senior Program Officer beim German Marshall Fund of the United States, Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin.
jforbrig@gmfus.org